

Inhalt

Einleitung von David Johst	7
Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns	19
Auszüge aus dem Stenographischen Bericht über die 61. Sitzung des Landtages Rheinland-Pfalz am 10. Juli 1962	79
Schreiben Fritz Bauers an den Landesjugendring Rheinland-Pfalz vom 9. Juli 1962	109
Nachwort	117

DAVID JOHST EINLEITUNG

Fritz Bauer sah sich selbst nie als bloßen Rechtsgelehrten oder Rechtstechniker, der Gerichtssaal war für ihn immer auch ein Ort, an dem drängende gesellschaftliche Fragen öffentlich thematisiert werden konnten. In den 50er und 60er Jahren der Bundesrepublik war es noch ungewöhnlicher als heute, dass ein Generalstaatsanwalt für Tageszeitungen schrieb, Talkshows besuchte und Vorträge vor Gewerkschaftsmitgliedern, Schülern oder Gefangenen hielt. Fritz Bauer sah sich selbst als politisch Handelnden, als jemand, dem es weniger darum ging, den Fachkollegen von seinem Standpunkt zu überzeugen als vielmehr darum, in die Breite zu wirken. Anders als etwa Adolf Arndt oder Hermann Weinkauff, um nur zwei der damals bekannten Juristen zu nennen, beteiligte sich Bauer nur selten an internen juristischen Debatten, veröffentlichte relativ wenig in den einschlägigen Fachzeitschriften der juristischen Zunft. Ein elitäres Selbstverständnis – wie es so vielen Juristen bis heute eigen ist – war ihm völlig fremd. Fritz Bauer kritisierte im Gegenteil zeitlebens die Lebensferne insbesondere der deutschen Rechtswissenschaft, die sich seiner Meinung nach besonders hartnäckig gegen den Einfluss der Natur- und Sozialwissenschaften sperrte. Für ihn war das Recht kein losgelöster Gegenstand, sondern eng mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit verwoben. Bauer suchte die öffentliche Diskussion, weil er sie in Deutschland vermisste, er wollte mit den Menschen ins Gespräch kommen, sie aufrütteln und zum Nachdenken bringen. Widerspruch und Aufmüpfigkeit gefielen ihm. Selbst dort, wo er harten Angriffen ausgesetzt war, zog er sich nicht auf den Standpunkt der unangreifbaren Fachautorität zurück. Sein

tiefes Unbehagen an der Autoritätsgläubigkeit vieler Deutscher beruhte bei Bauer nicht nur auf seinen Erfahrungen im Nationalsozialismus, sondern vielleicht noch mehr auf seiner Erziehung, der Erfahrung einer väterlichen Autorität, die Empathie nicht zeigen und Nachgiebigkeit nicht zulassen konnte.¹

Eine besondere Hoffnung legte Fritz Bauer in die Jugend, sie wollte er vor allem ermutigen, mit alten Denkgewohnheiten zu brechen, Autoritäten in Frage zu stellen. Immer wieder suchte er gezielt das Gespräch mit Jugendlichen, hielt Vorträge vor Studenten oder sprach mit Schülern.

Viele Beiträge Bauers in Mitgliedsblättern, Monatsheften, Zeitschriften und Zeitungen waren ursprünglich nicht für die Veröffentlichung vorgesehen. Bauer stimmte jedoch meist bereitwillig zu, wenn die Bitte um Veröffentlichung an ihn herangetragen wurde. So auch im Fall des vorliegenden Textes.

Der Landesjugendring Rheinland-Pfalz hatte Bauer als Referenten im Oktober 1960 zu einer Wochenendtagung zum Thema Rechtsradikalismus eingeladen. Der Jugendring wollte angesichts antisemitischer Ausschreitungen und dem Auftreten rechter Parteien, wie der Deutschen Reichspartei, über »rechtsradikale Untergrundströmungen im politischen Leben« diskutieren.² Aufgrund der positiven Resonanz beschloss der Landesjugendring, das Referat Fritz Bauers als Broschüre herauszugeben. Von der Relevanz des Textes überzeugt, wandte sich der Jugendring an das Kultusministerium Rheinland-Pfalz mit dem Vorschlag, die Broschüre an Oberschulen und Gymnasien sowie kaufmännischen und gewerblichen Berufs- und Berufsfachschulen zu verteilen, um damit

¹ Vgl. Wojak, Irmtrud: Fritz Bauer, München 2011, S. 36.

² Landesjugendring Rheinland-Pfalz: Information Nr. 2, 1962, Sonderausgabe, Juni 1962, in: Landeshauptarchiv Koblenz (LHAK), 910 Nr.15005.

einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der Vergangenheit leisten zu können.³

Das Ministerium legte – wie in solchen Fällen üblich – die Schrift zunächst den zuständigen Referatsleitern vor. Gleichzeitig beauftragte das Ministerium mehrere Gutachter damit zu prüfen, inwieweit der Text für eine Verteilung an Schulen geeignet sei. Auch wenn das Urteil der Gutachter in Wirklichkeit differenzierter ausfiel, als dies später vom Kultusministerium dargestellt wurde, sprach sich eine Mehrheit von ihnen gegen eine Verwendung der Broschüre als Unterrichtsmaterial aus. Der Text, so der zentrale Vorwurf der Gutachter, bediene sich einer unzulässigen Verallgemeinerung⁴ und biete ein Zerrbild der Vergangenheit.⁵ Beanstandet wurde der willkürliche Umgang mit den historischen Fakten,⁶ das fehlende Bemühen um die Wahrheit in der Geschichte oder allgemein der polemische Tonfall.⁷ Zugleich kritisierten die Gutachter das negative Geschichtsbild des Autors. Die deutsche Vergangenheit werde in den schwärzesten Farben geschildert, lautete ein Vorwurf, die anderer Völker dagegen freundlich aufgehellt.⁸ In einem anderen Gutachten heißt es unmissverständlich: »Der Kern der vorliegenden Schrift bildet ein schweres Vorurteil gegen die Deutschen und ihre Geschichte.«⁹ Die Broschüre sei für Schüler völlig ungeeignet, durch sie würden viele Fehltritte an die Schüler herangetragen,¹⁰ Bauers Argumentation sei als Vorbild ungeeignet, übertreibend, ohne Sinn für Proportionen und

³ Schreiben Landesjugendring Rheinland-Pfalz an Kultusministerium Rheinland-Pfalz vom 5.1.1962, in: LHAK, 910 Nr. 15005.

⁴ Gutachten Professor Universität, S. 4, in: LHAK, 663,003 Nr. 818.

⁵ Gutachten Oberstudiendirektor, S. 1, in: LHAK, 663,003 Nr. 818.

⁶ Ebd. S. 3.

⁷ Gutachten Studienrat, S. 2, in: LHAK, 663,003 Nr. 818.

⁸ Gutachten Oberstudiendirektor S. 3, in: LHAK, 663,003 Nr. 818.

⁹ Gutachten Professor Universität, S. 6, in: LHAK, 663,003 Nr. 818.

¹⁰ Gutachten Studienrat, S. 2, in: LHAK, 663,003 Nr. 818.

Maß, unausgewogen im Urteil.¹¹ Immerhin zwei der fünf überlieferten Stellungnahmen kamen zu einem ausgewogeneren Urteil. Die Broschüre könne die Schüler zur kritischen Stellungnahme anregen, sie dürfe jedoch dem lernenden und suchenden Schüler nicht als gültige Aussage überlassen werden.¹² Während die Broschüre für Berufsschüler ungeeignet sei, könne sie bei Schülern der Oberstufe und vor allem bei Schülern der Höheren Handelsschulen das zeitgeschichtliche Verständnis wirkungsvoll ergänzen und vertiefen.¹³ Dessen ungeachtet lehnte das Kultusministerium Rheinland-Pfalz die Verteilung des Textes ab. Dem Landesjugendring teilte das Ministerium lediglich mit, dass auf Grundlage der Gutachten Bedenken bestünden, den Text an Schulen zu verteilen, da die Schrift im Einzelnen sachlich fragwürdig und von einer einseitigen Betrachtungsweise diktiert sei.¹⁴ Der Landesjugendring wollte sich mit der Entscheidung nicht abfinden und verlangte eine detaillierte Begründung für die Ablehnung.¹⁵ Das Ministerium lehnte es ab, die Gutachten öffentlich zu machen. Es sei nicht üblich, die Ausführungen von Gutachtern an Dritte weiterzuleiten.¹⁶ Der Vorschlag des Landesjugendringes, im Rahmen einer Rundfunkdiskussion mit dem Autor ins Gespräch zu kommen und die Vorbehalte gegenüber dem Text öffentlich zu diskutieren, wurde ebenfalls abgelehnt, vorgeblich um die Gutachter zu schützen. Doch es erklärte sich auch kein anderer Mitarbeiter des Ministeriums bereit, öffentlich mit dem Landesjugendring sowie dem

¹¹ Gutachten Oberstudiendirektor, S. 4, in: LHAK, 663,003 Nr. 818.

¹² Gutachten (ohne Name), S. 5, in: LHAK, 910.Nr.15005.

¹³ Gutachten Berufsschuldirektor, S. 1, in: LHAK, 910.Nr.15005.

¹⁴ Schreiben Kultusministerium an Landesjugendring Rheinland-Pfalz vom 2.4.1962, in: LHAK, 910.Nr.15005.

¹⁵ Schreiben Landesjugendring Rheinland-Pfalz an Kultusministerium Rheinland-Pfalz vom 23.5.1962, in: LHAK, 910.Nr.15005.

¹⁶ Schreiben Kultusministerium an Landesjugendring vom 1.6.1962, in: LHAK, 910.Nr.15005.

Autor über den Text zu diskutieren. Auf der Frühjahrsvollversammlung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz am 15.6.1962 wurde daraufhin mehrheitlich beschlossen, das Vorgehen des Kultusministeriums zu kritisieren: »Dem Landesjugendring ist es unverständlich, daß die Broschüre ohne nähere Begründung vom Kultusministerium abgelehnt worden ist. Dies wird umso mehr bedauert, weil dadurch der Eindruck entsteht, daß die Entscheidung einseitig getroffen worden ist und einer sachlichen Haltung entbehrt.«¹⁷, heißt es im entsprechenden Beschluss. Zugleich informierte der Landesjugendring die Parteien im Landtag und bat diese um »geeignete Schritte«.¹⁸ Die lokale Presse griff den Konflikt auf, Bauers Text wurde in Auszügen von der Tageszeitung »Freiheit« veröffentlicht. Zugleich stellte die Landtagsfraktion der SPD eine Große Anfrage vor dem Landtag von Rheinland-Pfalz. Die SPD-Fraktion wollte von der Landesregierung erfahren, mit welcher Begründung man die Schrift abgelehnt habe: »Welches sind die Beweggründe, die die Landesregierung veranlaßt haben, eine Belebung der Diskussion um die Frage der politischen Vergangenheit unseres Volkes in den Oberstufen unserer Schulen zu verhindern?« Die SPD-Landtagsfraktion betonte zugleich, dass es hierbei nicht darauf ankommen könne, ob das Kultusministerium mit allen in der Broschüre enthaltenen Argumenten übereinstimme.¹⁹ Damit spielte die SPD auf die bereits mehrfach in der Presse veröffentlichten Vermutungen an, es seien am Ende gar nicht inhaltliche, sondern politische Gründe gewesen, die für die Ablehnung der Broschüre ausschlaggebend gewesen seien.²⁰

¹⁷ Entscheidung des Landesjugendring Rheinland-Pfalz vom 15.6.62, in Informationen Nr. 2, 1962, in: LHAK, 910.Nr.15005.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Große Anfrage der Fraktion der SPD Nr. 495, betrifft Verhalten der Landesregierung gegenüber dem Landesjugendring Rheinland-Pfalz vom 18. Juni 1962, in: LHAK, 663,003 Nr.818

²⁰ Ebd.

Die Landesregierung geriet unter Druck. Kultusminister Eduard Orth konnte sich nicht mehr länger im Hintergrund halten und nahm einige Tage später im Staatsanzeiger zu den gegen sein Ministerium erhobenen Vorwürfen Stellung. Es sei kaum zu verantworten, eine solche Schrift, die Persönlichkeiten wie Friedrich den Großen oder Bismarck so einseitig sähe und so wenig dem heutigen Forschungsstand entsprächen, noch nicht urteilsreifen und unkritischen Jugendlichen in die Hände zu geben. Zugleich verwahrte sich Orth gegen den Vorwurf, einer Diskussion über den Text aus dem Weg zu gehen. Es könne den Gutachtern auf keinen Fall zugemutet werden, zu einem Streitgespräch mit dem Verfasser einer solchen Broschüre vor den Rundfunk zitiert zu werden.²¹ Damit gab der Minister unmissverständlich zu verstehen, dass er weder von der Entscheidung abrücken, noch sich auf eine öffentliche Diskussion mit dem Landesjugendring und dem Autor des Textes einlassen werde. Der Landesjugendring kritisierte diese Haltung, dem Kultusministerium sei die politische Dimension des Vorfalls nicht bewusst, immerhin sei der Referent eine bekannte Persönlichkeit im öffentlichen Leben. Es werde bewusst oder unbeabsichtigt die demokratische Integrität von Fritz Bauer in Zweifel gezogen.²² Zugleich verwahrte sich der Landesjugendring gegen den Vorwurf, eine einseitige Betrachtungsweise der geschichtlichen Vorgänge um die nationalsozialistische Machtergreifung zu fördern und betonte, dass der Text als Diskussionsgrundlage dienen sollte.²³

²¹ »Eine ausschließlich pädagogische Frage«, Stellungnahme des Kultusministeriums, in: Staatsanzeiger vom 24.6.1962, S. 4.

²² Brief Landesjugendring Rheinland-Pfalz (Geschäftsführung) an CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz (Vorsitzender), Schreiben vom 4.7.1962, LHAK, in 663,003 Nr. 818.

²³ Landesjugendring antwortet dem Kultusministerium, Stellungnahme des Landesjugendring Rheinland-Pfalz zu den Ausführungen Minister Orths im Staatsanzeiger, ohne Datum, in: LHAK, 663,003 Nr. 818.

Am 10. Juli 1962 wurde die Große Anfrage der SPD-Fraktion im Landtag diskutiert. Im Verlaufe der Diskussion konfrontierte der SPD-Abgeordnete Jakob Fuchs die Regierung mit einem Brief der CDU-Fraktion, worin der Autor im Zusammenhang mit Bauers Text von einer Erziehung der Jugend zur Vaterlandslosigkeit schrieb.²⁴ Bei dem Schreiben handelte es sich um einen Brief des Fraktionsvorsitzenden der CDU Rheinland-Pfalz an den Landesjugendring, darin hatte dieser von der »fast krankhaften Vaterlandslosigkeit so vieler Deutscher namentlich in der jüngeren Generation« gesprochen und weiter ausgeführt: »Bei sachlicher Beurteilung wird man auch den Vortrag von Dr. Bauer nicht freisprechen dürfen von Tendenzen, die in ähnlicher Richtung liegen.«²⁵ Der Brief war der SPD-Fraktion vom Landesjugendring zugespielt worden. Sehr zum Ärger der CDU-Fraktion, die dem Landesjugendring daraufhin illoyales Verhalten vorwarf.²⁶

In seiner Stellungnahme vor dem Landtag fasste Minister Orth die Schlussfolgerungen der verschiedenen Gutachten zusammen, erwähnte indessen nicht, dass immerhin zwei seiner Mitarbeiter und einer der beauftragten Gutachter die Verteilung der Schrift an höheren Schulen für unbedenklich gehalten hatten.²⁷ Es waren vor allem inhaltliche Gründe, die der Minister für seine Entscheidung anführte, der Verfasser des Textes unterliege einer gefährlichen Vereinfachung, die Darstellungen seien einseitig und missverständlich. Fritz

²⁴ 61. Sitzung S. 1941 Spalte 1 oben (bzw. entsprechende Stelle im Abdruck der Debatte)

²⁵ Brief Fraktionsvorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz an Landesjugendring Rheinland-Pfalz vom 25.6.1962, in: LHAK, 663,003 Nr.818.

²⁶ Brief Fraktionsgeschäftsführer der CDU Rheinland-Pfalz an Landesjugendring Rheinland-Pfalz vom 11. Juli 1962, in: LHAK, 663,003 Nr. 818.

²⁷ Gutachten Berufsschuldirektor, S. 1, in: LHAK, 910.Nr.15005.

Bauer reagierte in einem Beitrag für die Frankfurter Rundschau auf die Vorwürfe des Ministers.²⁸

Während das Kultusministerium an seinem einmal gefassten Verdikt festhielt, berief der Landesjugendring eine außerordentliche Vollversammlung aller Mitgliedsverbände ein, um sowohl Fritz Bauer als auch den Parteien und dem Kultusministerium die Möglichkeit zu geben, Stellung zu nehmen.²⁹ Minister Orth lehnte die Einladung ab, er sehe die Angelegenheit als erledigt an.³⁰ Der Landesjugendring warf Orth daraufhin vor, sich einer sachlichen Diskussion zu entziehen.³¹ Die Landtagsfraktion der CDU nahm die Einladung dagegen an, für sie nahm der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Helmut Kohl an der Vollversammlung teil. Fritz Bauer nahm die Gelegenheit wahr, sich zu den gegen seinen Text erhobenen Vorwürfen zu äußern. Die Entgegnung Bauers wurde wenig später vom Landesjugendring in einer eigenen Broschüre abgedruckt.³² Bauers Text wurde vor allem aus inhaltlichen Gründen abgelehnt. Doch indem das Kultusministerium davor warnte, keine

²⁸ Bauer, Fritz: »Ein Jurist über Friedrich und Bismarck« [»Im Mainzer Kultusministerium gilt ein merkwürdiges Geschichtsbild. Des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer Entgegnung auf Vorwürfe des rheinland-pfälzischen Ministers Orth«], in: Frankfurter Rundschau, Nr. 162, 14.7.1962.

²⁹ Schreiben Landesjugendring Rheinland-Pfalz an Ministerium für Unterricht u Kultur Rheinland-Pfalz vom 5.9.1962, in: LHAK, 910 Nr.15005, vgl. auch Frankfurter Rundschau: Mainz will mit »offenem Visier« Bauers Schrift erneut diskutieren, Frankfurter Rundschau vom 11.9.1962, S. 4.

³⁰ Schreiben Kultusminister Orth an Landesjugendring Rheinland-Pfalz vom 14.9.1962, in LHAK, 910 Nr. 15005.

³¹ So der Vorsitzende des Landesjugendrings Manfred Lambertz auf der Vollversammlung, zit. nach »Landesjugendring kritisiert Minister Orth«, Allgemeine Zeitung Mainz, Nr. 225 vom 27.9.1962.

³² Landesjugendring Rheinland-Pfalz, Information Nr. 3, 1962 (Sonderausgabe), Nochmalige Stellungnahme zur Dr. Bauer-Broschüre, in: LHAK, 910.Nr.15005.

falschen Vorstellungen an Jugendliche heranzutragen, bestätigte es damit einen der wichtigsten Kritikpunkte Fritz Bauers. Rückblickend irritiert heute weniger die inhaltliche Kritik an Bauers Text, sondern das paternalistische, bevormundende Verständnis, das darin zum Ausdruck kommt, die Vorstellung, dass man selbst Oberschülern kein eigenes Urteil zutrauen könne. Es ist jene Haltung, die Bauer vor allem kritisierte, von der er glaubte, dass sie dem deutschen Protestantismus und dem deutschen Staatsverständnis besonders tief eingeprägt sei. Doch im Gegensatz zu seinen Kritikern wollte Bauer seine Ausführungen nicht als objektive historische Wahrheit verstanden wissen, sondern den Blick auf die blinden Flecken der offiziellen Vergangenheitspolitik lenken. Bauers Text, insbesondere die schematische Gegenüberstellung von germanischem Freiheitsdenken und römischem Untertanengeist, lässt sich mit guten Gründen kritisieren. Den Gutachtern kann schlecht widersprochen werden, wenn sie dem Autor Vereinfachung komplexer historischer Zusammenhänge vorwarfen. Doch eine solche Kritik ging einerseits von einem naiven Verständnis historischer Objektivität aus, andererseits übersah sie, dass Bauer seine Thesen bewusst zuspitzte, um damit eine gesellschaftliche Debatte anzustoßen. Er wandte sich vor allem gegen die verbreitete Vorstellung, der Nationalsozialismus sei gleichsam über Nacht gekommen, zugleich ließ sich der Erfolg der nationalsozialistischen Bewegung für ihn nicht allein mit den Folgen des Versailler Vertrags und den daraus resultierenden sozialen Spannungen erklären. Diese zählte Bauer zu den äußeren Bedingungen, entscheidend war für ihn demgegenüber die innere Disposition der Mehrheitsbevölkerung, war die vermutete Neigung vieler Deutscher, Erfahrungen der Deklassierung, der ungerechten Behandlung durch Ressentiment und Gewalttätigkeit zu kompensieren. An anderer Stelle entwickelte Fritz Bauer eine Typologie der NS-Täter und unterschied dabei zwischen den Gläubigen,

den Gehorsamen und den Nutznießern.³³ Es waren weniger die gläubig der Sache dienenden Fanatiker, die Bauer interessierten, sondern die Masse jener, die aus blindem Gehorsam oder um sozialer und wirtschaftlicher Vorteile willen dazu beitrugen, ein Unrechtsregime zu stützen. Die offizielle Distanzierung vom Unrechtsstaat des Nationalsozialismus konnte für Bauer nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Frage der Komplizenschaft, der Einwilligung und des Gehorsams bis fast zum bitteren Ende sich nicht allein mit Angst, Hilflosigkeit und Unterdrückung erklären ließ. Man muss Bauer nicht folgen, wenn er eine Art ideengeschichtlichen Zusammenhang herstellte, der von Luther zu Hitler führte, und kann doch anerkennen, dass sich der Erfolg des Nationalsozialismus nicht allein mit den äußeren Bedingungen erklären lässt. Fritz Bauer bot seinen Zuhörern und Lesern eine andere Erklärung, die Wurzeln des nationalsozialistischen Handelns reichten für ihn tiefer. Weder im Vulgärdarwinismus der nationalsozialistischen Rassenlehre noch in der kriminellen Energie der nationalsozialistischen Führung sah er etwas spezifisch Deutsches, sondern in der inneren Disposition zum Gehorsam und dem damit verbundenen Verzicht auf Kritik und Individualität. Die Geschichtswissenschaft steht solchen kollektiven Zuschreibungen heute kritisch gegenüber. Doch muss Bauers Text darum für überholt gelten? Bereits die zeitgenössischen Kritiker missverstanden Fritz Bauer gründlich, wenn sie ihm vorhielten, er würde den Nationalsozialismus als schicksalhaftes und damit historisch zwangsläufiges Phänomen betrachten. Im Gegensatz zu äußeren Faktoren, lassen sich Haltungen und Einstellungen verändern, lässt sich eine Gesellschaft durch Erziehung zum Widerspruch und durch Kritikfähigkeit gegen Ideologie und Populismus

³³ Vgl. u.a. Bauer, Fritz: Nach den Wurzeln des Bösen fragen, in: Die Tat, 7.3.1964, Nr. 10, S. 12–19

immunisieren. Davon war Fritz Bauer Zeit seines Lebens überzeugt. Auf dieser Überzeugung beruhte sein unermüdlicher Wille zur Aufklärung. Bauers Ansichten würden heute kaum mehr auf Widerstand oder auch nur Widerspruch treffen. Die Debatte um den richtigen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit ist gesellschaftlich weitgehend eingeholt, der gesellschaftspolitische Konsens wird nur noch vom politischen Rand her in Frage gestellt. Dies zeugt einerseits von einem fundamentalen Wandel der politischen Kultur, andererseits von einer beginnenden formelhaften Erstarrung dieser Kultur. Was Personen wie Fritz Bauer einstmals gegen politische Widerstände erstreiten mussten, stellt für viele heute nur noch ein formelhaft vorgebrachtes Bekenntnis dar. Dahinter steht am Ende vielleicht oft der gleiche bequeme Gehorsam, die Neigung sich wirtschaftliche und soziale Vorteile zu sichern, wie sie Bauer im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus kritisiert hatte. Es besteht somit kein Grund, Bauers Text lediglich als Beitrag zu einer längst abgeschlossenen gesellschaftlichen Debatte zu betrachten.